

Wahlprüfsteine Kommunalwahl 2026 – Stadtsenorenrat

Antworten der politbande

Welche Möglichkeiten hat die Stadt Nürnberg, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen? Gerade für ältere Menschen sind die hohen Mieten eine nicht mehr tragbare Belastung, die auch durch Wohngeld nicht hinreichend ausgeglichen wird.

Während die Mieten in Nürnberg kontinuierlich und weit über die allgemeine Preisentwicklung hinaussteigen, wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Konzerne und Investor*innen erzielen Profite mit Wohnraum, während das Grundbedürfnis Wohnen für viele Menschen unerfüllbar wird. Gleichzeitig stehen zahlreiche Wohnungen leer und werden so dem Wohnungsmarkt entzogen. Diese Entwicklung führt zu Verdrängung, Gentrifizierung und sozialer Ungleichheit.

Wir fordern, dass die Stadt Nürnberg wieder Grundstücke per Erbbaurecht mit Zweckbindung vergibt. Das Erbbaurecht ist ein zentrales Instrument, um Boden dauerhaft dem spekulativen Markt zu entziehen und ihn stattdessen für gemeinwohlorientierte Zwecke zu sichern. Grundstücke müssen mit vertraglichen Gemeinwohlbindungen (z.B. dauerhafte Mietpreisbindung für bezahlbare Mietwohnungen, Genossenschafts- oder Syndikatsbindung, gemeinwohlorientierte Projekte) vergeben werden. Zudem ist ein gesetzliches Vorkaufsrecht für soziale Akteur*innen zu verankern, um sozialen Wohnraum langfristig zu sichern.

Darüber hinaus fordern wir ein konsequentes Vorgehen gegen Leerstand. Die Stadt Nürnberg verfügt mit der Zweckentfremdungsverbotssatzung (ZwEVS) über ein geeignetes Instrument, um ungenutzten oder zweckentfremdeten Wohnraum wieder dem Markt zuzuführen. Diese Satzung muss streng kontrolliert und durchgesetzt werden, damit Leerstand, ungenehmigte Ferienvermietungen oder gewerbliche Nutzungen von Wohnraum konsequent verfolgt werden. Seit Einführung der Satzung im Jahr 2019 konnten 273 Wohnungen wieder dem regulären Wohnungsmarkt zugeführt werden. Diese Möglichkeit muss weiter ausgebaut und mit Priorität verfolgt werden.

Zudem fordern wir, dass der seit dem 1. Juli 2023 geltende Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen über den 31. Dezember 2025 hinaus verlängert und ausgeweitet wird. Diese Regelung schützt Mieter*innen effektiv vor Verdrängung. Eine enge Zusammenarbeit mit ortsansässigen Mieterbünden soll dabei sicherstellen, dass dieser Schutz durch Verschärfung und Weiterführung dauerhaft gestärkt und weiterentwickelt wird.

Zudem muss die Stadt Nürnberg die Erhebung und Veröffentlichung der Zahlen zu Zweckentfremdung von Wohnraum, zu genehmigten oder abgelehnten Umwandlungsanträgen, zu genehmigten oder nicht genehmigten Kurzzeitvermietungen sowie zu verhängten Bußgeldern sicherstellen. Hierzu sollte ein jährlicher Monitoring-Bericht eingeführt werden, der diese Daten systematisch dokumentiert. Ein solcher Bericht würde die Transparenz deutlich erhöhen und zugleich als belastbare Grundlage für zukünftige politische Entscheidungen dienen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, seniorengerechten und barrierefreien Wohnungsbau in Nürnberg zu fördern – zusätzlich zu den Aktivitäten der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (wbg)?

Grundstücke müssen mit vertraglichen Gemeinwohlbindungen (z.B. dauerhafte Mietpreisbindung für bezahlbare Mietwohnungen, Genossenschafts- oder Syndikatsbindung,

gemeinwohlorientierte Projekte) vergeben werden. Wir fordern, dass ein gesetzliches Vorkaufsrecht für soziale Akteur*innen zu verankern ist, um sozialen Wohnraum langfristig zu sichern. Diese sozialen Akteur*innen sind die Expert*innen auf dem Gebiet des barrierefreien Wohnbaus und haben so die Bedürfnisse eines seniorengerechten und barrierefreien Lebens mitgedacht.

Wie wollen Sie die Sicherheit an stark frequentierten Orten (z. B. Parks, U-Bahnhöfen, Fußgängerzone usw.) erhöhen?

Sicherheit bedeutet für uns, dass öffentliche Räume freundlich, gepflegt und inklusiv gestaltet sind. Die Sicherheit des Fußverkehrs hat für uns immer Vorrang vor schnellem Autoverkehr. Gut beleuchtete, breite Fußwege und eine menschenfreundlich gestaltete Stadt sorgen am nachhaltigsten dafür, dass Menschen sich sicher fühlen. Nebenbei stärkt dies Nürnbergs Position im Wettbewerb um Talente und Touristen.

Ein anderer Sicherheitsaspekt im öffentlichen Raum, die Kriminalität, ist zum größten Teil Resultat von strukturellen Problemen: Besonders Menschen, die von gesellschaftlichen Normen abweichen – etwa durch Wohnungs- oder Arbeitslosigkeit – werden gesellschaftlich und institutionell oft ausgeschlossen. Viele betroffene Menschen sehen dadurch auf legalem Weg keine realistischen Chancen und wenden sich so der Schattenwirtschaft zu. Diese Probleme gilt es langfristig und nachhaltig zu lösen, statt nur Symptome kurzfristig zu bekämpfen: Gewaltsame Verdrängung und Stigmatisierung lösen keine Probleme, sondern verlagern oder verstärken sie nur. Wir setzen uns dafür ein, dass das städtische Angebot Wege zurück in ein sicheres und anerkanntes Leben eröffnet. Besonders Suchtkranke brauchen geschützte Aufenthaltsorte und verlässliche Anlaufstellen. Daher fordern wir mehr öffentliche Sozialarbeit, niedrigschwellige Beratung und echte Unterstützungsangebote für Menschen, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden.

Welches Verkehrskonzept planen Sie für Nürnberg, insbesondere im Hinblick auf die Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereiche in den Stadtteilen?

Wir wollen Nürnberg zu einer Stadt der kurzen Wege machen. Das bedeutet: Geschäfte und Orte des täglichen Bedarfs sollen fußläufig erreichbar sein. Dazu muss die Stadt in der Planung eine möglichst gemischte Nutzung von Quartieren anstreben.

Nürnberg braucht sichere, komfortable und barrierefreie Fußwege, längere Grünphasen für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie die klare Trennung von Fuß- und Radverkehr, damit beide Verkehrsarten gut und konfliktarm funktionieren.

Außerdem wollen wir Fußgängerzonen ausweiten. Dazu streben wir perspektivisch eine autofreie Innenstadt innerhalb der alten Stadtmauern an, mit Ausnahmen für Rettungskräfte, Lieferverkehr und Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen. Wir fordern Tempo 30 innerhalb des mittleren Rings (B4R), um Lärm, Unfälle und Durchgangsverkehr zu reduzieren.

Parallel dazu setzen wir auf einen konsequenten Ausbau des ÖPNV, der barrierefrei, bezahlbar und eng getaktet sein muss. In diesem Bereich darf es keine Kürzungen geben und die

Ticketpreise sollten sozial gestaffelt sein. Nürnberg braucht moderne Lösungen, die Mobilität für alle einfacher und nachhaltiger machen, wie zum Beispiel das Bedarfs-ÖPNV-System aus Stadt und Landkreis Kelheim, wo unter anderem autonome E-Kleinbusse flexibel nutzbar sind, um auch vermeintlich kurze Wege bei Bedarf gut abzudecken. Gleichzeitig müssen Fahrdienste und soziale Mobilitätsangebote gesichert und ausgebaut werden.

Wie wollen Sie für ältere Menschen die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt verbessern?

Eine seniorenfreundliche Innenstadt beginnt für uns bei einem gesunden Klima und Raum für das Leben: mehr echte Begrünung, die Schatten spendet und die Luft verbessert, sowie ausreichend Sitz- und Rastmöglichkeiten in verschiedenen Höhen. Trinkwasserbrunnen sollten in allen zentralen Bereichen zur Grundausstattung gehören. Barrierefreiheit muss überall Standard sein: Blindenleitstreifen, gut sichtbare Beschilderung, Haltegriffe an Treppen und verständliche Hinweise an öffentlichen Einrichtungen. Öffentliche Toiletten müssen zahlreich, gut zugänglich und selbstverständlich kostenlos sein.

Eine gute Aufenthaltsqualität entsteht da, wo Begegnung möglich ist. Wir wollen kleine, dezentrale Pocket Parks und offene Treffpunkte schaffen, in denen Kultur, Beratung und (intergenerationaler) Austausch stattfinden können, sowie Innenräume ohne die Pflicht, dort Geld ausgeben zu müssen. Um Raum für solche Orte zu schaffen und die Sicherheit für alle Menschen zu erhöhen, wollen wir den öffentlichen Raum gerechter verteilen. Eine autofreie Altstadt halten wir langfristig für sinnvoll – aber nur im Zusammenspiel mit alternativen Mobilitätsangeboten wie kleinen ÖPNV-Shuttles oder Lastenrädern.

Baugruben wie am Aufseßplatz, die abgeriegelt und blickdicht gemacht werden, anstatt sie der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, können nicht hingenommen werden. Der in Nürnberg bestehende Leerstand muss erfasst und mit einer Abgabe versehen werden. Wenn es ein Unternehmen über mehrere Jahre nicht schafft, größere Flächen nutzbar zu machen, müssen diese vergesellschaftet werden und in einem demokratischen Prozess über ihre weitere Nutzung entschieden werden (z.B. Anlage von Grünflächen oder sozialer Wohnungsbau).

Die Ampelanlagen müssen unter den Gesichtspunkten Visualisierung und Akustik verbessert werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie für Nürnberg?

Eine barrierefreie Verkehrssteuerung ist für uns essenziell, wurde aber bisher tatsächlich zu wenig berücksichtigt. Ganz im Sinne unserer partizipativen Herangehensweise an Politik wollen wir bei der Planung von Ampelanlagen die Perspektiven der Betroffenen stärker einbeziehen, sei es durch Beteiligungsverfahren oder die Zusammenarbeit mit Senioren- und Behindertenverbänden.

Konkret sehen wir die Notwendigkeit, die Ampelphasen für Fußgängerinnen und Fußgänger zu verlängern, flächendeckend akustische Signale einzuführen und visuelle Markierungen zu verbessern. Grundsätzlich gehört dies für uns zur Verkehrswende und zu einem menschenzentrierten Verkehrskonzept: Wenn Straßen sicherer und ruhiger werden, profitieren Menschen mit Mobilitätseinschränkungen besonders.

Welche Möglichkeiten hat die Stadt Nürnberg, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen?

Für uns ist Wohnen keine Ware wie jede andere, sondern ein Menschenrecht. Wir setzen auf deutliche Verstärkung des kommunalen Wohnungsbau auf Basis einer sozialeren Steuerverteilung und eine spürbare Stärkung gemeinwohlorientierter Modelle wie dem Mietshäuser-Syndikat. Auch genossenschaftliche Wohnprojekte sollen gefördert werden, indem die Stadt Grundstücke bevorzugt an gemeinwohlorientierte Träger vergibt. Eine enorme Chance bietet die perspektivische Umwidmung von städtischen Flächen, wie zum Beispiel des Frankenschnellwegs: Statt Stadtautobahnen und mehr Raum, der von Autos beansprucht wird, sollte öffentlicher Raum für städtischen und genossenschaftlichen Wohnbau genutzt werden.

Gleichzeitig braucht es eine klare Regulierung des Wohnungsmarkts: ein konsequent durchgesetztes, städtisches Zweckentfremdungsverbot, Sanktionen gegen spekulativen Leerstand. Grundlegend sind rechtssichere Vorgaben für leistbare Mieten bei Neu- und Altbauten, die Mieter vor Wucher schützen

und Vermietern moderate Gewinne anbieten. Bauanreize - etwa geringere Stellplatzvorgaben, Erleichterungen im Bauordnungsrecht, oder Förderungen für nachhaltige Wohnkonzepte - müssen daran geknüpft werden, leistbaren Wohnraum zu ermöglichen.

Wir fordern zudem ein Recht auf Wohnraum: Kein Mensch, der eine Wohnung besitzt, darf durch Staatsgewalt auf der Straße landen. Wenn eine Wohnung aus welchen Gründen auch immer geräumt wird, muss dem darin lebenden Mensch eine neue Wohnung zur Verfügung gestellt werden.

In vielen Fällen herrscht leider gar kein ausreichendes Wissen über vorhandene Angebote bzw. sind die Hürden für Anträge und der Bürokratie-Irrgarten nicht zu bewältigen. Besonders Menschen, die gerade in persönlichen Krisen stecken, fallen so durchs Raster und landen im schlimmsten Fall in der Wohnungslosigkeit. Wir fordern eine Ausweitung der Beratung und Unterstützung für in Not geratene Menschen sowohl in Rechtsfragen als auch bei Anträgen für Sozialleistungen und dem Finden von neuem Wohnraum.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, seniorengerechten und barrierefreien Wohnungsbau zu fördern?

Häufig müssen ältere Menschen ihre Wohnung verlassen, weil sie nicht barrierefrei ist. Eine neue bezahlbare barrierefreie Wohnung zu finden ist meist unmöglich und oft müssen diese Menschen dann gegen ihren Willen in eine Pflegeeinrichtung. Wir fordern, dass Menschen mit Pflegegrad oder anderweitiger körperlicher Beeinträchtigung ein Vorrecht auf Wohnungen mit z.B. Aufzug haben. Grundsätzlich gilt: Jeder Neubau sollte barrierefrei sein und bestehender Wohnraum muss systematisch umgebaut werden, wo dies möglich ist. Je mehr barrierefreie Objekte es gibt, desto geringer wird der Kampf um sie. Deshalb setzen wir uns hier ein für Förderprogramme, städtische Zuschüsse und bindende Standards. Zudem möchten wir, dass durch regulatorische Rahmensetzungen, Barrierefreiheit in Neubauten die attraktivste Option darstellt.

Zusätzlich sollte ein Wohnungstauschmodell nach österreichischem Vorbild implementiert werden, bei dem nicht eingeschränkte Menschen ihre barrieararme Wohnung tauschen können.

Dies muss durch die Stadt aktiv unterstützt werden, etwa durch Beratung und unbürokratische Abläufe.

Wie wollen Sie künftig sicherstellen, dass ältere, insbesondere einkommensschwache und / oder mobilitätseingeschränkte, Menschen aktiv am kulturellen Leben teilhaben können?

Wir sind davon überzeugt, dass insbesondere die freie und selbstorganisierte Kulturszene der Ort ist, an dem Kultur für alle zugänglich wird – niedrigschwellig, solidarisch und ohne die Voraussetzung, Geld ausgeben zu müssen. Gerade ältere, einkommensschwache oder mobilitätseingeschränkte Menschen profitieren von Kulturangeboten, die Mitmachen statt Konsum, Gemeinschaft statt Vereinzelung und Selbstwirksamkeit statt Passivität ermöglichen. Besonders in der freien Szene und unter selbstorganisierten Kulturinitiativen besteht seit langem ein starkes Bewusstsein für Barriereabbau, soziale Öffnung und inklusive Kulturarbeit. Auch Nachbarschaftsgärten, Küchen-für-alle, offene Bühnen, Werkstätten, Stadtteiltreffpunkte schaffen Orte, an denen ältere Menschen ohne finanzielle Hürden am sozialen und kulturellen Leben teilhaben, ihr Wissen und Erfahrung einbringen oder neue Perspektiven erfahren können. Die Stadt Nürnberg muss solche Räume gezielt fördern und langfristig absichern.

Viele Kulturinitiativen arbeiten bereits mit Soli-Tickets, gestaffelten Preisen, freiwilligen Spenden, Awareness-Teams und diskriminierungssensiblen Konzepten. Tickets mit freier Wahl des

Eintrittspreises nach Staffelung werden mittlerweile auch von etablierten Häusern wie z.B. dem Gostner Hoftheater angeboten. Viele auch kleinere Kulturore bieten mittlerweile auch Programme am Nachmittag oder an Sonntagen an, die speziell auf die Bedürfnisse älterer Bürger*innen zugeschnitten sind. Wir unterstützen diese Entwicklung und setzen uns für stabile und höhere öffentliche Förderungen inklusiver und sozial engagierter Kulturinitiativen ein. Diese Programme benötigen öffentliche Mitfinanzierung und Absicherung, damit die Kosten dafür nicht auf die Besucher*innen abgewälzt werden müssen.

Im Bereich Barrierereduktion scheitern bauliche und strukturelle Verbesserungen, besonders bei nicht-städtischen Einrichtungen und Initiativen, häufig an chronisch knappen Ressourcen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Nürnberg spezifische, ausreichend ausgestattete Förderinstrumente schafft, die explizit Maßnahmen für Barrierefreiheit, Awareness und Inklusion ermöglichen. Dazu gehören bauliche Anpassungen für rollstuhlgerechte Zugänge, barrierefreie Sanitäranlagen und Orientierungssysteme ebenso wie die Finanzierung von Awareness-Teams, Schulungen, Materialien und die Entwicklung diskriminierungssensibler Konzepte.

Inwieweit nutzt die Stadt Nürnberg innovative Ansätze der Partnerstädte (z.B. „Kultur auf Rezept“, „freie Fahrt im ÖPNV“ u.a.) für die eigene Seniorenpolitik?

Obwohl viele Partnerstädte innovative Modelle entwickelt haben, die soziale Teilhabe stärken, kulturelle Teilhabe erleichtern oder Mobilität für ältere Menschen verbessern, finden diese Ansätze in Nürnberg kaum systematische Anwendung. Austausch und Diskurs mit anderen Städten findet meist aus Eigeninitiative der Kulturschaffenden und ohne Finanzierung statt (s. Chemnitzer Appell).

Wir begrüßen die Kulturkarte für Senior:innen, den Nürnberg-Pass und das Kulturticket, sind aber überzeugt, dass dies nicht genug ist. Kulturelle Aktivitäten und persönlicher Austausch steigern nicht nur die Lebensqualität, sondern mindern auch soziale Isolation und wirken gesundheitlichen Beschwerden wie Demenz entgegen. Die Stadt Nürnberg muss geeigneten Kulturinitiativen zusätzliche Gelder zur Entwicklung neuer Modelle, die genau diese Faktoren als Grundlage haben, zur Verfügung stellen. Wir fordern deshalb eine systematische Auswertung der innovativen kultur- und sozialpolitischen Programme in den Partnerstädten und eine aktive Übertragung geeigneter Ansätze nach Nürnberg in partizipativer Zusammenarbeit mit den Betroffenen und der Initiativen und Vereinen, die in diesen Bereichen engagiert sind. Dazu gehört aus unserer Sicht die Einrichtung von Pilotprojekten wie „Kultur auf Rezept“, die Einführung eines leicht zugänglichen Mobilitätspasses für Senior*innen mit geringem Einkommen und die enge Zusammenarbeit der Stadt mit der freien Kulturszene, die aufgrund ihres niedrigschwelligen Ansatzes und ihrer Expertise im Bereich Teilhabe und Inklusivität besonders geeignet ist, solche Programme zu entwickeln und umzusetzen.